

Stadt Haan

Niederschrift über die

16. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan

am Dienstag, dem 18.09.2018 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
19:30

Vorsitz

Stv. Michael Ruppert

CDU-Fraktion

AM Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
AM Dr. Hermann Meier
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Uwe Elker
Stv. Bernd Stracke

WLH-Fraktion

Stv. Meike Lukat

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

AfD-Fraktion

Stv. Ulrich Schwierzke

Schriftführerin

StAR Sabine Schumacher

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke
Beigeordneter Engin Alparslan
TA Simone Drechsler
StOVR Gerhard Titzer

Personalrat

Herr Carsten Butz

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Nicole Krengel

Gäste

Stv. Robert Abel

Der **Vorsitzende Stv. Ruppert** eröffnet um 17.00 Uhr die 16. Sitzung des Unterausschusses für Organisation, Personal und Controlling der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht.

Öffentliche Sitzung

1./ Formalien

1.1. Eröffnung der Sitzung

/

1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

/

1.3. Feststellung der Anwesenheit

/

1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

/

1.5. Feststellung der Tagesordnung

/

Protokoll:

Stv. Lukat beantragt, den Dringlichkeitsbeschluss zur Besetzung von Stellen im Steueramt als zusätzlichen Tagesordnungspunkt 6 a aufzunehmen.

Der Antrag wird einvernehmlich angenommen.

Vorsitzender **Stv. Ruppert** kommt der Bitte der Bürgermeisterin nach, den TOP 3 aufgrund des öffentlichen Interesses vorzuziehen.

2./ Personalkosten der Stadt Haan 2. Quartal 2018 (Stand: 30.06.2018)

Vorlage: 10/091/2018

Protokoll:

StOVR Titzer erläutert, dass die ursprünglich vorgelegte Übersicht von Ende Juni inzwischen überholt sei. Er stellt fest, dass die Verwaltung nach der aktuellen Hochrechnung für 2018 mit den veranschlagten Mitteln auskomme. Dies hänge in erster Linie mit der Vielzahl der nicht bzw. lange nicht besetzten Stellen und mit Langzeiterkrankungen und dem damit verbundenen Wegfall der Lohnfortzahlung zusammen. Er weist darauf hin, dass die Personalkosten vorsichtig unter der Voraussetzung, dass alle Stellen immer besetzt und alle Mitarbeiter immer gesund sind, geplant würden.

Beschluss:

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt die Personalkostenentwicklung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ Raumbedarf Rathausneubau

Vorlage: 65/046/2018

Protokoll:

Stv. Lukat erläutert, dass sie den Vorschlägen zum Raumprogramm zustimmen werde. Sie weist jedoch darauf hin, dass die WLH die bisherigen Fraktionsräume behalten möchte, weil sie u.a. aufgrund von in den Räumlichkeiten vorhandener Akten keine Doppelnutzung möchte. Sie regt an, den freien Raum stattdessen der Polizei anzubieten.

Stv. Sack erklärt, dass die GAL ihre Fraktionsräume ins Rathaus legen werde und findet es schwierig, wenn nicht alle Fraktionen mitgingen. Darüber müsse noch beraten werden.

Ansonsten halte er den Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt für noch zu früh. Vielmehr möchte er erst die Beratungen in den Fachausschüssen abwarten.

Stv. Wetterau dankt den Beteiligten an der Erstellung des Konzepts. Für die CDU erklärt er, dass diese zur Abstimmung bereit sei, findet es aber in Ordnung, wenn die Beratung einen Sitzungszyklus durchlaufe.

Bzgl. der Fraktionsräume würde er es ebenfalls begrüßen, wenn alle mitgingen.

Stv. Stracke bedankt sich bei der Verwaltung und der Fa. Assmann für die geleistete Arbeit. Die SPD stimme aufgrund der derzeit sehr schwierigen Arbeitsbedingungen selbstverständlich für den Rathausneubau. Er meint auch, dass die Fachausschüsse mit beraten sollten. Die Verwaltung habe scheinbar nicht üppig geplant und das sei gut so. Hier sollten die Fraktionen nicht reinreden, ggf. aber Anregungen geben, was noch im neuen Rathaus untergebracht werden könnte. Er fragt, warum Mittel in Höhe von 800.000 € eingestellt worden seien.

Stv. Gräßler fragt, ob ein Bürgerbüro mit den entsprechenden Räumen geplant sei.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass die Standortfrage noch nicht abschließend geklärt, dies aber Thema bei der nächsten Sitzung des SUVA sei. Er gibt zu bedenken, dass nicht zu viele Nutzungsmöglichkeiten gegeben werden sollten, weil diese wegfallen könnten und dann zu viele Räume vorhanden seien. Zum Bürgerbüro meint er, dass dies eine organisatorische Frage sei, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden müsse. Er bittet Herrn Tödte vom Gebäudemanagement zu den eingestellten Mitteln etwas zu sagen.

TA Tödte erläutert, dass als erstes ein Beschluss gefasst, dann ein passendes Grundstück ausgewählt werden müsse und dann in die konkrete Planung gegangen werden könne. Dafür würden Mittel in ungefähr dieser Höhe benötigt. Derzeit gehe es nur um das Raumvolumen, die konkrete Planung erfolge zu einem späteren Zeitpunkt. Er weist darauf hin, dass in die derzeitigen Gebäude bald viel Geld investiert werden müsste, da ansonsten kein Betrieb mehr möglich sei.

Vorsitzender Stv. Ruppert weist darauf hin, dass heute noch kein Raumprogramm beschlossen werde, sondern nur der Grundsatzbeschluss zur weiteren Planung. Bzgl. der Fraktionsräume meldet er wegen der geplanten Doppelnutzung ebenfalls Bedenken an.

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass das Gebäude zum Thema Nachhaltigkeit und Optik an das Grundstück angepasst werden müsse. Dies werde mit Hilfe des Gestaltungsbeirats sicher gelingen.

Stv. Drennhaus macht klar, dass das vorgelegte Raumprogramm zugrunde gelegt und nicht angezweifelt werde. Deshalb sei nur noch eine Beratung in den Fachausschüssen notwendig und dann könne der endgültige Beschluss im Rat gefasst werden.

Stv. Stracke stellt klar, dass die Fraktionsräume von den Fraktionen angemietet und der Verwaltung zur Verfügung gestellt würden. Deshalb könne es aus seiner Sicht bei der Nutzung zu keinen Konflikten kommen. Im Rathaus werde nur Fraktions- und keine Parteiarbeit geleistet. Es könne nicht sein, dass Fraktionen Zuschüsse für Räumlichkeiten außerhalb eines neuen Rathauses bekämen.

Personalratsvorsitzender Butz stellt fest, dass das Rathaus für die Bürgerinnen und Bürger sei und begrüßt in diesem Sinne, dass die Räume dann nicht mehr an verschiedenen Standorten seien. Gute Arbeitsbedingungen seien für die Mitarbeiter sehr wichtig. Derzeit gebe es große Probleme, Mitarbeiter unterzubringen. Demnächst könne der Personalrat Neueinstellungen wegen des Raummangels nicht mehr zustimmen. Dementsprechend bittet er um die Unterstützung der Politik.

Stv. Lukat möchte heute einen Beschluss fassen, damit die erforderlichen Mittel in den Haushalt eingestellt werden können. Bzgl. der Fraktionsräume stellt sie fest, dass es eine Erlasslage mit einem Anspruch auf Zuschüsse gebe. Hierauf könne die WLH aber auch verzichten.

Herr Sattler (Vertreter Seniorenbeirat) stellt fest, dass der Seniorenbeirat an den Gesprächen zur Raumplanung nicht beteiligt gewesen sei, begrüßt aber, dass ein Raum hierfür eingeplant worden sei.

Stv. Holberg sieht definitiv die Notwendigkeit des Rathausneubaus und geht davon aus, dass die Mitarbeiter heute eine entsprechende Stellungnahme hören möchten. Er unterstützt den Beschlussvorschlag und meint, dass Details später für alle Beteiligten optimal gelöst werden müssten.

Vorsitzender Stv. Ruppert stellt fest, dass er bisher nicht gehört habe, dass ein Haaner Bürger den Bedarf für ein neues Rathaus in Frage gestellt habe.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des vorgelegten Raum- und Funktionsprogramms der „assmann gruppe“ einen zentralen Rathausneubau für die Haaner Stadtverwaltung als Gesamtvergabe mit externer Unterstützung bis zur versandfertigen Ausschreibung vorzubereiten.
2. Für Planung und Vorbereitung der Vergabe des Rathausneubaus werden Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 € brutto in den Haushalt 2019 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

**4./ Einrichtung eines Stellenanteils von 1,0 im Rechts- und Ordnungsamt EG
10
Vorlage: 32/063/2018**

Protokoll:

Stv. Lukat weist darauf hin, dass sie im Vorfeld der Sitzung nach Kennzahlen gefragt und keine bekommen habe. Des Weiteren weist sie auf mögliche Synergieeffekte bzgl. der Vergnügungssteuer hin. Sie kann an der Stelle keinen Aufstockungsbedarf erkennen.

Vorsitzender Stv. Ruppert schließt sich Stv. Lukat an und fragt, warum der Stellenmehrbedarf im Vorgriff auf die Stellenplanberatungen erforderlich sei. Des Weiteren verweist er auf den letzten Absatz der Vorlage und fragt, wie lange der Bedarf erforderlich sei.

Stv. Stracke weist darauf hin, dass die Personalressourcen in der Vergangenheit immer schon sehr knapp gewesen seien und die SPD dem Vorschlag zustimmen könne.

Stv. Wetterau meint, dass die CDU ebenfalls zustimmen könne. In der Vergangenheit habe es immer wieder Anfragen an das Ordnungsamt gegeben, die unbeantwortet geblieben seien. Dies könne dann anders werden.

Stv. Lukat macht nochmal deutlich, dass in anderen Städten Mitarbeiter des Steueramtes in Spielhallen gehen müssten und Arbeiten des Ordnungsamtes mitmachen könnten. Sie kann nicht verstehen, dass SPD und CDU trotz offener Fragen zustimmen möchten.

Des Weiteren meint sie, dass die vorhandene Stelleninhaberin offensichtlich auf 1,0 aufgestockt werden soll, damit genau diese Mitarbeiterin voll eingesetzt werden könne. Sie meldet Beratungsbedarf an und bittet um Verschiebung der Beratung im Rahmen des Stellenplans.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke erläutert, dass die Verwaltung immer um die Beantwortung von Fragen bemüht sei. Sie findet die Vorlage gut und strukturiert begründet. In den nächsten beiden Jahren sei die Arbeit mit der Personalausstattung nicht zu schaffen, danach müsse man weitersehen. Im Übrigen solle keinem Mitarbeiter etwas geschaffen werden, die Stelle würde ganz normal ausgeschrieben werden.

StOVR Titzer erläutert zur Historie, dass die Stelle ursprünglich einen Anteil von 1,0 hatte. Dann sei die Stelle aufgrund eines Personalwechsels und des vorhandenen kw-Vermerks überprüft worden. Seinerzeit sei man zu 0,3 Stellenanteilen gekommen. Inzwischen gebe es jedoch wieder mehr Aufgaben, so dass die Stelle nun wieder einen Anteil von 1,0 habe.

Vorsitzender Stv. Ruppert stellt aufgrund des von Stv. Lukat angemeldeten Beratungsbedarfs fest, dass der Tagesordnungspunkt verschoben werde.

Beschluss:

Aufgrund Beratungsbedarfes in die Stellenplanberatungen verschoben. Eine Beschlussempfehlung entfällt daher.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**5./ Einrichtung einer Vollzeitstelle „Leitung Abteilung Technik und stellvertretende Amtsleitung“ im Gebäudemanagement, EG 12
Vorlage: 65/048/2018**

Protokoll:

Techn. Bgo. Alparslan erläutert, dass er die Beratung zu der zusätzlichen Stelle vorgezogen habe, damit die bevorstehenden Stellenplanberatungen verschlankt werden können. Er führt weiter aus, dass schon zu Zeiten von Frau Eden ein Mitarbeiter gefragt wurde, ob er die Funktion des Abteilungsleiters übernehmen möchte und dies seither auch tue. Der Mitarbeiter könne sich allerdings gut vorstellen, diese Funktion wieder abzugeben, u.a. weil er aufgrund zukünftiger Planungstätigkeiten keine zeitlichen Kapazitäten mehr hierfür habe. Grundsätzlich habe sich die Einrichtung dieser Funktion bewährt, so dass diese weitergeführt werden solle. Mit Blick auf die zukünftigen Projekte sei erkennbar, dass der Arbeitsaufwand erheblich sein werde und von Frau Drechsler nicht mitbearbeitet werden könne. Ein interner Mitarbeiter werde derzeit nicht bereit sein, die Funktion des Abteilungsleiters zu übernehmen.

AL Drechsler weist darauf hin, dass im Projektplan nur die bereits beschlossenen Projekte enthalten seien. Wenn auch derzeit noch nicht beschlossene Projekte dazukämen, stünde noch deutlich mehr Arbeit an.

Stv. Stracke fragt, ob sich die zusätzliche Stelle an einer anderen Stelle neutralisiere.

AL Drechsler erklärt, dass es eine Teilkompensation gebe, weil die bisher mit EG 12 ausgewiesene Stelle des Haustechnikers nicht mit einem Ingenieur, sondern stattdessen mit einem Meister mit EG 9 b besetzt werden konnte. Des Weiteren scheide im Mai 2020 der derzeitige stellvertretende Amtsleiter aus. Der Nachfolger müsse die Stellvertretung dann nicht mehr wahrnehmen, so dass sich die Wertigkeit dieser Stelle zukünftig ebenfalls reduziere.

Vorsitzender Stv. Ruppert meldet Beratungsbedarf für die FDP an und macht deutlich, dass er die Stellenplanberatungen für 2019 abwarten möchte. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Beschluss:

Aufgrund Beratungsbedarfes in die Stellenplanberatungen verschoben. Eine Beschlussempfehlung entfällt daher.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Einrichtung einer zusätzlichen Schulhausmeisterstelle EG 6 in Vollzeit
Vorlage: 65/049/2018**

Protokoll:

Stv. Schwierzke fragt, ob es einen Zusammenhang zwischen der zusätzlichen Hausmeisterstelle und dem Wegfall von zwei Asylhausmeisterstellen gebe.

StOVR Titzer berichtet von einem Gespräch aus der vergangenen Woche mit den Schulleitern des Schulzentrums. Die Zustände dort seien tatsächlich sehr schwierig und für alle Beteiligten extrem belastend. Das Fachamt habe zur Vereinfachung bereits ein Ticketsystem eingeführt, jedoch sei die zusätzliche Stelle trotzdem dringend erforderlich. Andernfalls könne dort keine Ruhe hereingebracht werden.

Stv. Stracke fragt, ob der mal beschlossene Hausmeisterpool eingeführt wurde und ob er sich bewährt habe.

Personalratsvorsitzender Butz bestätigt, dass die Situation am Schulzentrum tatsächlich schwierig sei und sicher auch mit der Problematik von drei Schulleitungen zu tun habe.

Stv. Sack gibt zu bedenken, dass vor einigen Jahren beschlossen worden sei, dass das Schulzentrum und die neue Schulform unterstützt werden solle. Es wäre ärgerlich, wenn die Beratung jetzt geschoben werden würde. Er könne dem Beschlussvorschlag folgen.

StOVR Titzer hält es für wichtig, dass sich der jeweilige Hausmeister persönlich mit den „ihrer“ Schule identifizieren. Daher rät er von einem gemeinsamen Pool von Hausmeistern und Asylhausmeistern ab und meint, dass das Zusammenwachsen der Schule schon jetzt unterstützt werden sollte.

Stv. Lukat meint, dass man bei der beschriebenen Situation nicht bis 2019 warten, sondern einen Nachtrag für den Stellenplan 2018 beschließen und die Stelle schnellstmöglich besetzen sollte.

Vorsitzender Stv. Ruppert fragt, ob die Unterstützung krankheitsbedingt sei und wenn ja, ob der erhöhte Personalbedarf immer noch bestehe, wenn die schwerbehinderten Mitarbeiter ausschieden.

StOVR Titzer erläutert, dass schwerbehinderte Mitarbeiter leidensgerecht eingesetzt werden müssten. Im Schulzentrum seien Menschen mit einer dauerhaften Schwerbehinderung, so dass hier dringende Hilfe geboten sei.

Techn. Bgo. Alparslan erklärt, dass er auch kein Freund von Hausmeisterpools sei. Er meint, dass es an einer großen Schule immer die gleichen Hausmeister geben müsse, die als Ansprechpartner da seien und sich identifizieren würden. Für kleinere Gebäude könne ein Pool aber durchaus Sinn machen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat stimmt der Einrichtung einer zusätzlichen Schulhausmeisterstelle in Vollzeit im Stellennachtragsplan 2018 zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

6.1. Dringlichkeitsentscheidung / hier: Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre für das Sachgebiet Steuern und Abgaben

Protokoll:

Stv. Lukat meint, dass die Beratung zu der am 17.09.2018 eingegangene Dringlichkeitsentscheidung zur Besetzung von Stellen im Steueramt in diesen Ausschuss gehöre. Aufgrund der Situation im Steueramt habe sie nach dem Krankenstand gefragt. Die im Vorfeld von ihr gestellte Frage nach einer möglichen Altersdiskriminierung in der Stellenausschreibung habe Herr Titzer bereits beantwortet.

StOVR Titzer erläutert, dass es die Übersicht über die Erkrankungen wie immer einmal im Jahr im Januar gebe. Die Situation im Steueramt habe aber nichts mit Erkrankungen zu tun, sondern nur mit Ausscheiden und Stellenwechseln der Stelleninhaber. Wegen der in der Stellenausschreibung geforderten zwanzig Jahre Berufserfahrung verweist er auf die Entgeltordnung. Zukünftig könne man evtl. „nur“ mehrjährig fordern, allerdings dürfe dann auch nur eine Entgeltgruppe niedriger vergütet werden.

Beschluss:

Der Unterausschuss Organisation, Personal und Controlling empfiehlt dem Rat, die mit Datum vom 13.09.2018 gem. § 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung bezüglich der Aufhebung der Wiederbesetzungssperre für den Bereich Steuern und Abgaben zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen
10 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

7./ Sachstand zur Digitalisierung der Stadtverwaltung Haan Vorlage: 10/092/2018

Protokoll:

Stv. Lukat spricht ein ganz großes Lob für die Vorlage aus und nimmt den Sachverhalt sehr gerne zur Kenntnis.

Stv. Stracke bedankt sich ebenfalls für die Vorlage. Ihm fehle jedoch die Beschreibung einer Strategie und er bittet darum, dies in einer der nächsten Sitzungen noch einmal zu erläutern.

StOVR Titzer stellt fest, dass es derzeit keine Strategie gebe. Auf Seite 5 der Vorlage gebe es jedoch einen Ausblick. Derzeit sei die Verwaltung dabei, die Stadtverwaltung Haan mit einer neuen Serverlandschaft, TK-Anlage, mit der neuesten Hardware und aktuellen Fachanwendungen ins digitale Zeitalter zu führen. Darüber hinaus seien gesetzliche Anforderungen wie z.B. die Einführung der E-Rechnung zu erfüllen. Einige Kommunen hätten für die Ausarbeitung einer Strategie einen Digitalisierungsbeauftragten, den es hier nicht gebe. Hier sei das oberste Ziel, die Verwaltung am Laufen zu halten. Die Stadt Haan sei jedoch kreisweit die erste Kommune, die ein IT-Sicherheitskonzept bereits seit 2017 vorliegen habe und umfängliche digitale Ratsarbeit mache.

Stv. Wetterau lobt die IT, dass sie als so kleine Abteilung so viel und gute Arbeit leiste. Er sagt auch personelle Unterstützung zu, wenn der Bedarf bestehe.

Beschluss:

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt den Sachstand zur Digitalisierung der Stadtverwaltung Haan zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**8./ Stellenplanentwicklung 2015 bis 2019
Vorlage: 10/095/2018**

Protokoll:

Stv. Wetterau ist für die Vorlage sehr dankbar. Hieran könne man die Konsequenzen der Entscheidungen sofort sehr gut erkennen, aber auch, dass es sehr gute Gründe dafür gab. Er bittet um Fortführung der Darstellung der Entwicklung.

Vorsitzender Stv. Ruppert meint, dass die Verwaltung aufpassen müsse, dass die Stellenentwicklung in schlechteren Zeiten die erreichte Haushaltssicherung wieder in Frage stelle.

Beschluss:

Der Unterausschuss für Organisation, Personal und Controlling nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Stellenplanentwicklung 2015 bis 2019 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

9./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Zur Anfrage von **Stv. Niklaus** zum Thema Open Data erläutert die Bürgermeisterin Dr. Warnecke, dass Herrn Runge als zuständigem Datenschützer das Thema bekannt sei, die Verwaltung derzeit aber noch nicht damit beschäftigt sei.

Stv. Drennhaus stellt fest, dass für drei Tagesordnungspunkte Beratungsbedarf angemeldet worden sei und fragt, ob die Beratungsfolge trotzdem bestehen bleibe. Aus seiner Sicht müsse dies so sein und man könne nicht bis zu den Stellenplanberatungen warten.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke weist darauf hin, dass sie aufgrund des Beratungsverlaufs die Tagesordnungspunkte auf die nächste HFA- und Ratssitzung nehmen müsse. Ggf. könnten die Punkte dann geschoben werden.

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Sack hält den Gebrauch des Instruments des Beratungsbedarfs für missbräuchlich.

Stv. Drennhaus bemängelt, dass manche Vorlagen nicht im Ratsinformationssystem aufgerufen werden könnten.

Stv. Lukat regt an, dass Mitteilungen zukünftig im HFA gemacht werden, weil dort dann auch diskutiert werden könne.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke teilt mit, dass es ab dem 01.10. keinen langen Donnerstag sondern einen einheitlichen langen Dienstag geben würde.